

Solidarität mit Eurem T-Chef Streik: Es geht um die Existenz!

Ausgründungen, Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung – diese Pläne von T-Chef Obermann müssen zurück geschlagen werden. Deshalb: Mit aller Kraft dagegehalten!

- hin zu einem Vollstreik aller Telekom-Kollegen
- Einbeziehung der Beamten

Der Streik bei der Telekom zeigt Wirkung. Hotlines sind nicht erreichbar, Auftragsrückstände häufen sich, Kunden müssen auf Anschlüsse warten. In allen Bundesländern sind täglich bis zu 16.000 Kollegen im Ausstand. Angesichts der Arroganz von Obermann steigt die Wut. Um bis zu 40 Prozent sollen die Gehälter durch die Ausgründung von 50.000 Kollegen abgesenkt werden. Für viele geht es nicht um Lohn, sondern um ihre Existenz.

**Diskussions-Veranstaltung:
Telekom re-verstaatlichen!**
Mi 23. Mai 07, 19 Uhr, Platzhaus
kleines Haus auf dem Teutoburger Platz,
Nähe Haltestelle Senefelderplatz
mit **Alexandra Arnsburg***, ver.di-
Vertrauensfrau* bei T-Systems
* dient nur der Kenntlichmachung der Person



Der Angriff auf die Telekom-Kollegen ist ein Angriff auf alle Beschäftigten!

Deshalb gemeinsam kämpfen:

- Für eine bundesweite Großdemo organisiert durch den DGB gegen Lohnraub und Jobkiller!

Die Solidarität in der Bevölkerung ist groß: 78 Prozent haben laut Stern-Umfrage Verständnis für den Streik. Kein Wunder: Der Konzern legt einen bereinigten Konzernüberschuss 2006 von 3,9 Milliarden vor, will trotzdem 32.000 Arbeitsplätze vernichten und 50.000 Beschäftigte „ausgründen“. Damit soll ein Beispiel auch für andere Konzerne gesetzt werden. Dagegen ist Widerstand angesagt!

G8 abschalten!

Ohne die Beschäftigten der Telekom gibt es keine Telekommunikation und keine Medienberichterstattung beim G8-Gipfel. Dieses Druckmittel kann genutzt werden und alle Arbeiten in Heiligendamm eingestellt werden.

Zudem ist dort der Protest an der richtigen Stelle: Auf dem G8-Gipfel beraten die mächtigsten Regierungschefs, wie sie die Liberalisierung der Märkte weiter vorantreiben können. Ihre Politik bedeutet für die abhängig Beschäftigten weltweit: die Lohnspirale geht weiter nach unten, Arbeitszeiten werden verlängert.

Auf nach Heiligendamm – gegen den G8-Gipfel!

Konflikt eskaliert: Obermann knallhart

Obermann setzt auf knallharte Konfrontation. Er droht mit Verkäufen von Service-Sparten und Übernahmen, wenn ver.di nicht einlenkt. Streikbrecher werden eingesetzt. Leiharbeiter in Kassel, die sich gegen einen Einsatz bei der Telekom wehren, wurden entlassen.

Durch Streikprämien sollen Kollegen

gegeneinander ausgespielt werden. Bisher haben nur wenige Kollegen „das Angebot“ angenommen.

Um dem Streik die Spitze zu nehmen, setzt das Management verstärkt auf die Beamten. Für den Fortgang des Streiks wird die **Einbeziehung der Beamten** zur entscheidenden Frage. Man muss sich

das mal vorstellen: Erst privatisieren sie den Staatsbetrieb, dann wollen sie trotzdem die Beamten als Streikbrecher einzusetzen! Die Deutsche Postgewerkschaft hat bereits 1986 beschlossen, dass das Beamtenstreikrecht durch Arbeitsniederlegungen durchgesetzt werden muss. Denn: Hätten sich die Arbeiter immer

Infos & ViSdP: Kimmerle c/o SAV, Littenstr. 106 / 107, 10179 Berlin, 030 / 247 238 02, www.sozialismus.info

 **SAV Sozialistische Alternative**

an bestehende Gesetze gehalten, gäbe es heute weder Gewerkschaften noch gewerkschaftliche Rechte.

Und auch die **Beschäftigten bei T-Systems** sind von Ausgründung und Umstrukturierungen betroffen und bedroht. Notwendig ist insgesamt eine Intensivierung und Ausweitung des Streiks bei der Telekom. Bei diesem Angriff kann die Antwort nur sein: Eine Telekom - eine Belegschaft - ein Kampf gegen Ausgründung, Zerschlagung, Privatisierung und Lohndrückerei!

Regierung sitzt am Drücker

Während die Kollegen ausgepresst werden sollen wie Zitronen, schneiteln die Anteilseigner weiter dicke Profite. Das ist das normale Prinzip des Kapitalismus. Höchste Zeit dieses Prinzip in Frage zu stellen und sich zur Wehr zu setzen. **Aber wer sind denn die Anteilseigner?**

Man höre und staune: Die größten Anteilseigner sind die **Bundesregierung** (über die Kreditanstalt für Wiederaufbau) mit 31 Prozent und die Heuschrecke **Blackstone** mit 4,5 Prozent. Das heißt: Der Angriff des Telekom-Vorstands wäre ohne die unmittelbare Unterstützung der Bundesregierung undenkbar! Im Aufsichtsrat sitzen zwanzig Leute, davon zehn Beschäftigtenvertreter, die jedoch allein keine Mehrheit haben. Zusätzlich sitzen mit Thomas Mirow und Ingrid Matthäus-Maier zwei SPD-Vertreter im Aufsichtsrat, die mit ihren Stimmen den Ausverkauf der Kollegen stoppen könnten.

Aber die Bundesregierung hat ein direktes Interesse am Angriff auf die Kollegen. **Der Grund: An den gewerkschaftlich gut organisierten Kollegen der T-Com soll ein Exempel statuiert werden, um auch in anderen Großbetrieben die Löhne massiv zu senken.**

Dambruch

„Diese Auseinandersetzung geht weit über den aktuellen Tarifkonflikt hinaus – die Telekom soll zum Referenzmuster für andere Unternehmen in Deutschland werden“, sagte verdi-Verhandlungsleiter Schröder. „Wenn das durchgeht“, wäre es „die Blaupause für eine neue, eine andere Republik“.

Es geht um einen politischen Konflikt. Es geht darum, die Klasse der abhängig Beschäftigten in Deutsch-



land insgesamt zu schwächen. Der Angriff auf die Telekom-Kollegen ist ein Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten. **Gegen den Dambruch bei der Telekom muss gemeinsam Gegenwehr organisiert werden.**

In vielen anderen Bereichen stehen ebenfalls Auseinandersetzungen an. O2 will bis zu 1.000 Arbeitsplätze streichen. Zudem soll O2 mit dem Netzausrüster Nokia Siemens (NSN) über die Auslagerung des Netzbetriebs verhandeln. NSN seinerseits verkündete Anfang Mai die Vernichtung von 2.900 Jobs. Bei Alcatel-Lucent, dem Betreiber des e-Plus-Netzes, sollten auch 12.000 Stellen abgebaut werden – durch internationale Proteste konnte dies bislang verhindert werden. In der Druckindustrie und im Einzelhandel laufen Tarifverhandlungen. Es liegt auf der Hand, diese Kämpfe miteinander zu verbinden.

Alle gemeinsam!

Aber um den Angriff bei der Telekom zu stoppen, ist mehr nötig. Der Druck auf die Bundesregierung muss ab sofort massiv erhöht werden. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften organisiert sieben Millionen Arbeiter und Angestellte und hat die Möglichkeit, umfangreiche Solidarität und gemeinsame Proteste zu organisieren. Umgehend könnte in allen Betrieben der Angriff auf die Telekomler in Betriebsversammlungen thematisiert und Solidaritätsaktivitäten beschlossen werden.

Wir fordern den DGB darüber hinaus auf, ab sofort für eine bundesweite, große Solidaritätsdemonstration aller Beschäftigten zu mobilisieren: Gegen Lohnraub und Jobkiller!

Ebenso müssen die Gewerkschaftsspitzen der arbeitnehmer-

feindlichen Politik der SPD den Rücken kehren. Wir brauchen starke Gewerkschaften, die die Interessen der Kollegen vertreten.

Privatisierung rückgängig machen

Mit der Privatisierung der Telekom haben die Arbeitgeber Blut geleckt. Seit dem Börsengang 1995 wurden 120.000 Stellen vernichtet. Bis Ende 2008 sollen weitere 32.000 entlassen werden. 32.000: Das ist so, als würde man Opel in Deutschland komplett dicht machen. Die Löhne wurden gesenkt, die Arbeitshetze und Überlastung der Kollegen stieg enorm an. Der Service hat sich für die Kunden deutlich verschlechtert.

Die ganze Privatisierung hat nur den Banken und Konzernen genutzt. Logisch: Wo private Interessen sind, sind auch Niedriglöhne und miese Arbeitsbedingungen. Denn irgendwo müssen die Profite ja herkommen. Deshalb ist es notwendig, die Telekom zu re-verstaatlichen.

Aber geht das denn? Aktuell passiert genau das in Venezuela. Auf der Basis von Massenprotesten gegen Privatisierung und Neoliberalismus hat der venezolanische Präsident Chavez gerade begonnen, den dortigen Telekommunikations-Riesen CANTV wieder zu verstaatlichen.

Natürlich passt das den Herrschenden nicht. Aber uns passen die Lohnkürzungen und Entlassungen erst recht nicht. Es sind die Beschäftigten der Telekom, die den Betrieb aufgebaut und sich den Rücken krumm geschuftet haben.

Wenn die Telekom in öffentlichem Eigentum unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten geführt werden würde, gäbe es keine Ausgliederungen, kein Lohndumping und kein Chaos zwischen den verschiedenen Abteilungen aufgrund der Aufspaltung in verschiedene Töchter und Gesellschaften.

Der Gewinn, der sonst in die Taschen der Aktionäre fließt, könnte in Investitionen, Löhne und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gesteckt werden. Dem Tarifschunzel für Privatkunden könnte ein Ende bereitet werden und dem Tarzan Obermann könnte ein Arbeitsplatz im Callcenter angeboten werden. Aber wehe, er erzählt dort denselben Mist.